

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. — Durch Austräger oder durch die Post: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk. frei ins Haus.

Postkonton. Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag, G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die 3-spaltige Millimeterzeile oder deren Raum 0,90 Mk., anderwärts 1,00 Mk. 6-spaltige und 8-spaltige Familienanzeigen, Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 0,50 Mk. Restante: Die Restanzeile, dreispaltig oder deren Raum, hinter Text 3. Mk.

Der weiße Schrecken in Polen.

Die litauische Telegraphen-Agentur meldet aus Kowno, jüdische Bürger Polens fliehen scharenweise über die litauische Grenze, um vor den polnischen Zubringerfolgen und einer rücksichtslosen Mobilisation Schutz zu suchen. Der „Naprzód“ (Nr. 208) teilt mit: Die Plakatisten in Krakau sind in diesen Tagen gänzlich mit Plakaten besetzt, die Mitteilungen der Regierung über die auf Grund des Standrechtes erfolgten massenhaften Erschießungen in Krakau, Warschau und anderen Städten Polens enthalten. In Strij in Ostgalizien, wo sich vorübergehend die Bolschewiki aufhielten, sind wegen bolschewistischer Betätigung massenhaft Eisenbahner verhaftet worden. Den polnischen Heeren folgen Gutsbesitzer und Gendarmen auf dem Fuße, die grausam mit den Landarbeitern verfahren. — Der „Robotnik“ vom 12. 9. schreibt: Seit einigen Tagen macht sich in Warschau ein katastrophaler Mangel an sämtlichen Lebensmitteln des notwendigsten Bedarfs geltend. In den Läden sind heute folgende Sachen überhaupt nicht mehr zu haben: Kartoffeln, Brot, Butter, Käse und Eier. Die Ursache dieser Not ist augenscheinlich eine organisierte Aktion der Wucherer und Händler, die mit Hilfe der Hungersnot des Volkes die Maximalpreise bekämpfen wollen, die von der Behörde für den Kampf mit dem Wucher eingesetzt wurden.

Italien.

Der Konflikt zwischen Arbeitern und Industriellen in Italien ist zu Ende. Es wurde eine Einigung erzielt auf folgender Grundlage: 1. Die Arbeiter räumen unverzüglich die Fabriken. 2. Die Industriellen gewähren ihnen die feinerzeit vereinbarte Lohnhöhung mit Rückwirkung ab 15. Juli, zahlen aber nichts für die Tage der Besetzung der Fabriken. 3. Die von den Unternehmern verlangte Bestrafung der Arbeiterführer findet nicht statt, diese Angelegenheit wird durch ein Schiedsgericht geregelt. 4. Die Arbeiter erhalten das Kontrollrecht über die Fabriken. In der Erklärung, die nach der Schlichtung veröffentlicht wurde, heißt es u. a.: „Die industriellen Organisationen sollen auf der Grundlage der Beteiligung der Arbeiter bei der technischen und finanziellen Kontrolle, sowie in den Verwaltungen der industriellen Unternehmungen aufgebaut werden. Dieser Grundgedanke soll sich auch auf die Einstellung und Entlassung der Arbeiter erstrecken. Die Arbeiter werden die Arbeit wieder aufnehmen.“ Die Einigung stellt ihrer ganzen Fassung nach zwar in vielen Punkten einen Erfolg der Arbeiter dar, ist aber doch nur ein Kompromiß, der so viele Konfliktstoffe in sich trägt, daß die Auseinandersetzung mit den Unternehmern aller Wahrscheinlichkeit nach in kürzester Zeit und in noch verstärktem Maße erfolgen wird. Von größter Bedeutung aber für die Weiterentwicklung der Bewegung wird der Kampf um die Kontrollorganisation werden. Es ist ganz zweifellos, daß die Unternehmern sich zu diesem Zustand nur unter dem Druck einer verzweifelten Lage herbeilassen haben, daß sie nun, nachdem die Hauptgefahr beseitigt scheint, mit allen Mitteln danach trachten werden, das Zutätigkeitsretzen dieser Kontrollinstanzen solange wie möglich hinauszuziehen und durch alle erdenklichen Kniffe und Schliche das Arbeitsgebiet der ausgefallenen Räte so harmlos als möglich zu gestalten. Während nun in den Fabriken eine scheinbare Einigung erzielt wurde, gärt es in Italien weiter. Die Aushebung von Rekruten gab den Anlaß zu großen revolutionären Kundgebungen. In Livorno zogen die Militärpflichtigen unter Danksagen auf Lenin und die Revolution durch die Straßen, in Triest kam es zu Zusammenstößen der Militärpflichtigen mit Polizei und Gendarmen.

„Avanti“ schreibt: Die Lösung des Konfliktes ist nicht nur ein Sieg der Arbeiter, sondern auch ein Sieg Sozialismus. Aber die Vereinbarung mache dem Streit nicht etwa ein Ende, sondern verschärfe ihn vielmehr noch. Binnen kurzem werde ein neuer Kampf ausbrechen und dieser werde das Ende des Kapitalismus bedeuten.

Der Imperialist Millerand

wurde mit beträchtlicher Mehrheit zum Präsidenten des Republik Frankreich gewählt.

Die Weltwirtschaftskrise.

Japan.

Das Blatt „Kokumin Shinbun“ meldet, daß in Osaka 700 Textilbetriebe infolge der Flaueheit im Handel schließen mußten. 50 000 Arbeiter feiern.

Die Finanzkatastrophe.

Nach Angaben, die der Reichsfinanzminister im Reichskabinett machte, belaufen sich die Ausgaben des ordentlichen Etats auf 30,4 Milliarden Mark. Der außerordentliche Etat sieht Ausgaben von 39,7 Milliarden, denen nur 2 Milliarden Mark Einnahmen gegenüberstehen. Für die reichseigenen Betriebe Post und Eisenbahn wird ein besonderer Haushalt aufgestellt. Die Reichseisenbahn hatte

bis jetzt einen Fehlbetrag von 16 Milliarden, die Post 2 Milliarden. Der Gesamtfehlbetrag des Reiches beläuft sich demnach auf 55,7 Milliarden Mark. Die Gesamtforderung für die Entschädigung an Reichsangehörige infolge des Krieges beläuft sich auf 131 Milliarden. Dazu kommen gewaltige Milliardenausgaben, die sich aus den Bestimmungen des Friedensvertrages ergeben. Die Papiergeldflut steigt katastrophal. Die Gesamtschuld des Reiches mit Einrechnung der fundierten Schuld von 91 Milliarden Mark beträgt jetzt 242,7 Milliarden, wozu noch etwa 41 Milliarden hinzutreten für die den Ländern noch abzunehmenden schwebenden Schulden- und Zinsverpflichtungen aus Anlaß der Uebernahme der Eisenbahn, der Beiträge für Wohlfahrtspflege, Familienunterstützungen usw.

Es wurde dann im einzelnen das Finanzprogramm der Zukunft durchgesprochen. Sämtliche irgendwie vermeidbaren Ausgaben sollen unterbleiben. Auch bei den Beamtenbesoldungen soll über den bisherigen Rahmen nicht hinausgegangen werden. Als letzter Hoffnungsstrahl blüht plötzlich die „Sozialisierung des Bergbaues“ auf. — Das wird eine schöne Art Sozialisierung sein.

Durch den Steuerabzug werden die Lohnempfänger bis an die Grenze des Erträglichsten zur Steuerleistung herangezogen. Den besitzenden Klassen dagegen wird immer Zeit gelassen, um sich ihren Steuerpflichten zu entziehen, ihre Vermögen und Einnahmen vor dem Steuerfiskus in Sicherheit zu bringen.

Der Mieterschutz bedroht.

In einer Meldung des „W. L. B.“ wurde bestritten, die Mieterschutzgesetzgebung solle abgebaut und eine unbeschränkte Steigerung der Mieten zugelassen werden. Das Reichsarbeitsministerium bereite einen Gesetzentwurf vor, der die Bemessung der Mieten regeln und eine unberechtigte Steigerung der Mieten für die Zukunft verhindern solle. Es darf jedoch mit Sicherheit angenommen werden, daß es sich wieder um einen jener Versuche handelt, ein in Vorbereitung befindliches arbeiterfeindliches Gesetz schmähhaft zu machen. Der Gesetzentwurf ist dazu angesetzt, die erhöhten Unkosten, Gebühren und Reparaturen (!) den Mietern reiflos aufzubürden. Das Mieterschutzgesetz vom Mai 1920 läuft am 30. September ab. An dessen Stelle soll ein Reichshöchstmietengesetz treten. Es ist jedoch dringend erforderlich, daß zunächst das Mieterschutzgesetz vom Mai 1920 schnellstens möglichst lange über den 30. September 1921 verlängert wird.

Vor Bergarbeiterkämpfen im Essener Revier.

Wie aus Essen gemeldet wird, sind infolge eines Konfliktes zwischen der Betriebsleitung und dem Betriebsrat auf der Zeche Nordstern 3/4 Betriebsratsmitglieder entlassen worden. Darauf hat die Belegschaft die Einstellung der Entlassenen und die Entlassung des Betriebsführers verlangt und weiter erklärt, daß sie keine Uebergriffe mehr verfahren und nach Ablauf dieser Woche die Arbeit ganz einstellen würde, wenn bis dahin ihre Forderungen nicht voll erfüllt sind. Der Konflikt kann sehr leicht schwere Folgen nachsichziehen, da zweifellos die Belegschaft benachbarter Werke sich mit der Belegschaft der Zeche Nordstern solidarisch erklären werden.

Demokratie.

Am 3. September wurde unser Augsburgs Parteiblatt verboten. Wozu leben wir denn im Lande der Pressefreiheit. Das Verbot besteht noch heute nach fast drei Wochen unbeschränkt weiter. Was könnte es für bequemere Mittel geben, ein Blatt nicht nur für einige Zeit, sondern durch Untergrabung seines Existenz für immer zum Schweigen zu bringen.

Bürgerliche Gesellschaftsordnung.

Die „Frankfurter Ztg.“ meldet: Mainz. Eine Sprache von furchtbarer Eindringlichkeit dringt ein in der Malzer Stadtverordnetenversammlung erwähnenswerter Bericht, wonach der Gesundheitszustand der Volksschüler so ungünstig ist, daß mit einem Stand bis sieben Prozent tuberkulöser Kinder zu rechnen ist.

Der „Kongress für Kinderhilfe“ in Genf stellte folgende Zahlen für lungen- und schwindkräftige Kinder in Deutschland fest: Berlin 30 000, Hamburg 13 000, Köln 10 000, Leipzig 8000, Breslau 7000.

Krieg gegen Frankreich!

Von Dr. Curt Geyer.

Unter den Argumenten, die von den Vertretern des rechten Flügels der U. S. D. gegen den Anschluß an die dritte Internationale gebraucht werden, spielt eine wesentliche Rolle die Behauptung, daß die russische Politik die deutschen Arbeiter in den Krieg mit Frankreich hineinzuziehen wolle. Die selbstverständliche Feststellung des linken Flügels der U. S. D., daß der Friede von Versailles nicht eine absolute Grenze für die revolutionäre Entwicklung in Deutschland wie für die Entwicklung der Weltrevolution darstellen könne, wird umgebogen in die Beschuldigung, daß der linke Flügel der Partei den Krieg gegen Frankreich wolle. Diese Beschuldigung klang hervor aus den Reden, die von den Genossen Bloch und Hilferding auf der Reichskonferenz gehalten wurden, sie kehrt wieder in den Ausführungen, die von den rechtsstehenden Genossen bei der Auseinandersetzung im Lande gemacht werden, wie in den Artikeln der rechtsstehenden Parteipresse. Begründet wird diese Beschuldigung mit der Stellungnahme des linken Flügels der Partei zu der Frage des Schutzes der deutschen Neutralität und der Transportkontrolle durch die Arbeiter und Eisenbahner. Die Beschuldigung, daß die Aufforderung zur Verhinderung aller Munitionstransporte, selbst solcher Munitionstransporte, die angeblich auf Grund des Friedensvertrages von Versailles erfolgen, als eine Provokation der französischen Regierung zur Herbeiführung des deutsch-französischen Krieges gedacht sei, ist lächerlich und enthält eine maßlose Uebertreibung. Einmal steht völkerrechtlich nicht fest, ob Munitionstransporte, wie der in Erfurt vernichtete, wirklich den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles entsprechen, dann aber ist die Stellung der französischen Regierung zur deutschen Regierung heute wahrhaftig nicht derart, daß die französische Regierung berartige Vorfälle als einen Kriegsgrund auszunutzen könnte und auszunutzen wollte. Bei den Fragen der Transportkontrolle handelt es sich in Wahrheit nicht um die Frage einer mehr oder weniger aggressiven Stellungnahme in der auswärtigen Politik der französischen Regierung gegenüber, sondern um Unterschiede in der Stellungnahme gegenüber der deutschen Regierung, um Unterschiede in dem Maß der Aktivität, das die Arbeiterbewegung der deutschen Regierung gegenüber zu entwickeln hat.

Eine revolutionäre Partei aber, die sich ernsthaft auf die Eroberung der politischen Macht vorbereitet, muß die Frage ihres Verhältnisses zu der heutigen französischen Regierung wie zu Frankreich überhaupt nicht nur unter dem Gesichtswinkel des Schlagwortes „Krieg oder Frieden mit Frankreich“ prüfen, sie muß vielmehr die große politische Perspektive der Zukunft voraussehen. Wer die Eroberung der politischen Macht für das deutsche Proletariat will, der

Wer die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ durch Austrägerin oder Kolporteur nicht bekommen kann, bestelle sie sofort bei der nächstgelegenen Postanstalt.

Unterzeichnete..... bestellt hiermit die
Schlesische Arbeiter-Zeitung
Erscheinungsort Breslau
für den Monat.....
Bezugspreis pro Monat 6.10 Mark einschl. Bestellgeld.
(Der Betrag ist vom Briefträger einzulassen.)
Name u. Stand:.....
Wohnort:.....
Straße u. Haus-Nr.

Falls ein Postamt die Annahme der Bestellung verweigert, schreibe man sofort an die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, Breslau 1, Nikolaistraße 49/50.

muß nicht nur die Verhältnisse prüfen, unter denen es in Deutschland die Macht zu erlangen und zu behaupten haben wird, der muß vielmehr sich auch völlig klar sein über die außenpolitischen Bedingungen, mit denen nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse in Deutschland zu rechnen haben wird.

Die wirtschaftliche Lage, in die Frankreich durch den Krieg gestürzt worden ist, zwingt die französische Bourgeoisie die heute die politische Macht in Frankreich behauptet, Deutschland als Ausbeutungsbjekt für den französischen Kapitalismus zu betrachten und zu behandeln. Die Grundlagen des kapitalistischen Systems sind in Frankreich ebenso erschüttert wie in Deutschland, und auf die Dauer kann das kapitalistische System in Frankreich nur aufrecht erhalten werden um den Preis der Ausbeutung nicht nur der französischen Arbeiter, sondern auch um den Preis der Ausbeutung Deutschlands, das damit von der französischen Regierung notwendig in die Rolle eines Koloniallandes herabgedrückt werden muß. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß die französische Bourgeoisie, wie auch die Bourgeoisie anderer kapitalistischer Länder, eher eine neue Periode imperialistischer Kriege eröffnet, als freiwillig auf die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems, d. h. auf ihre Existenz als Klasse zu verzichten. Ebenso wie sie eine Reihe von imperialistischen Kriegsabenteuern gegen Sowjet-Rußland in die Wege geleitet und unterstützt hat — nicht aus theoretischen staatsrechtlichen Erwägungen, wahrhaftig nicht um der ideologischen Gesetze willen, die die löhnen Phrasen, mit denen sie diese Kriegsabenteuer begleitet, immer wieder hervorzuführen suchen, sondern um ihres wohlverstandenen Existenzinteresses halber, das in dem Bestehen der Proletariatsmacht in Rußland eine tödliche Gefahr für die Bourgeoisie aller Länder erblickt, ebenso wird sie erst recht geneigt sein, imperialistische Kriegsabenteuer in die Wege zu leiten gegen eine Proletariatsmacht in Deutschland, die ihr als noch nähere und noch drohendere Gefahr erscheinen muß.

Die würgenden Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles sind wahrhaftig nicht begründet in irgend welchen rein ideologischen Hassgefühlen, sondern in den ökonomischen Notwendigkeiten, die der Krieg für die französische Bourgeoisie geschaffen hat. Die Aufrechterhaltung und die Durchführung des Friedens von Versailles ist eine Existenznotwendigkeit für den französischen Kapitalismus. Aus dieser Ursache entspringt die feindselige Stellungnahme der französischen Politik gegen Deutschland. Diese feindselige Stellung wird noch stärker werden einem Rätedeutschland gegenüber, denn der französische Kapitalismus weiß nur zu gut, daß es leichter ist, einen kapitalistischen Staat auszubeden unter relativer Schonung des Unternehmertums in dem ausgebeuteten Staat, dem dabei die Rolle des an der Ausbeutung der Arbeiterschaft von dem Kolonialland interessierten Zwischenmeisters zufällt, als einen reinen Arbeiterstaat.

Ein Rätedeutschland wird deshalb von vornherein mit der Feindschaft jeder bürgerlichen französischen Regierung zu rechnen haben, und die Partei, die heute die Macht für die Arbeiterklasse in Deutschland erobert, muß sich darüber klar sein, daß sie die würgenden Bedingungen des Friedens von Versailles nicht wird abwerfen können, ohne in bitterste Verwicklungen mit der französischen Bourgeoisiepublik zu gelangen. Soweit sich heute voraussichtlich läßt, wird deshalb einer künftigen Räterepublik Deutschland zunächst nicht viel anderes übrig bleiben, als durch die Anerkennung des Friedens von Versailles für ihren Bestand zu bezahlen, ebenso wie Sowjet-Rußland sich die Möglichkeit der Machtbehauptung für die Arbeiterklasse erkaufen mußte durch die Unterzeichnung des Friedens von Brest-Litovsk. Aber ebenso wie trotz dem Frieden von Brest-Litovsk der deutsche Imperialismus kriegerische Aktionen gegen Sowjet-Rußland überall dort unternahm, wo es nur irgend möglich war, in der Ukraine, am Don, in Kaukasien, so muß ein Räte-Deutschland damit rechnen, daß trotz der Anerkennung der Bedingungen des Friedens von Versailles der französische Imperialismus unermüdbare, ja kriegerische Handlungen gegen das Territorium einer deutschen Proletariatsrepublik führen wird. Man denke nur an das Ruhrgebiet, an Saarland, an Danzabund. Rätedeutschland wird versuchen müssen, solche Aktionen nach Möglichkeit abzuwehren mit denselben Mitteln, das das hauptsächlichste Mittel der Politik der Sowjet-Regierung dem deutschen Imperialismus gegenüber bildet, nicht mit einer kriegerischen Taktik, sondern mit dem Versuch, den Bestand der Proletariatsmacht in Deutschland zu behaupten, die innere Kraft des französischen Imperialismus

Haben Sie schon die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ bei Ihrer Postanstalt bestellt, damit Sie das Organ der U. S. B. schnell und regelmäßig erhalten? Schreiben Sie diesen Schein aus:

Zeitungsbestellung

Ich best.
Postamt

Hier.

Bestellen Sie sich mit der Bestellung, denn jede Nummer der „Sozial. Arb.-Ztg.“ bringt eine Fülle von interessantem Lesestoff!

zu zermürben durch das Beispiel, das es dem Proletariat der Westländer vor Augen stellt.

Die Aussichten aber für die Behauptung des Bestandes der Proletariatsmacht durch eine nicht kriegerische Politik sind für ein Rätedeutschland weit weniger günstig, als damals für Sowjet-Rußland. Die Periode der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den kapitalistischen Mächten ist durch das Ende des Weltkrieges abgeschlossen. Die militärischen Kräfte der kapitalistischen Staaten sind bei weitem nicht in dem Maße gebunden als z. B. des Friedens von Brest-Litovsk. Die kapitalistischen Regierungen wissen aus praktischer Erfahrung heute, welche propagandistische Wirkung für die Revolution der Bestand der Proletariatsmacht in einem Großstaat bei der Arbeiterschaft der kapitalistischen Länder bedeutet. Sie werden deshalb eher noch geneigt sein, zum kriegerischen Angriff auf Räte-Deutschland überzugehen als sie es gegenüber Sowjet-Rußland waren, solange ihre inneren Verhältnisse ihnen überhaupt noch die Führung eines gegenrevolutionären Kreuzzuges erlauben.

Unter solchen Umständen erhebt sich die Frage: Soll der Zeitpunkt der Machteroberung in Deutschland abhängig gemacht werden von dem Zeitpunkt der Machteroberung in den kapitalistischen Ländern, die im Weltkrieg siegreich waren, im besonderen von dem Zeitpunkt der Machteroberung durch das französische Proletariat, oder soll in der heutigen wirtschaftlichen und politischen Situation Deutschlands die deutsche Arbeiterklasse die Macht erkämpfen gemäß den inneren Notwendigkeiten und den Notwendigkeiten der Behauptung der weltrevolutionären Positionen, die für die Arbeiterschaft der ganzen Welt jetzt bereits in Sowjet-Rußland erkämpft worden sind? Das erstere entspricht im wesentlichen der Politik, die von dem rechten Flügel der Partei bisher betrieben worden ist, das letztere den Forderungen des linken

Sechs Monate einer revolutionären Periode werden an der Schulung dieser jetzt unorganisierten Massen das Wert vollenden, das zehn Jahre Volksversammlungen und Flugblattverteilungen nicht fertig zu bringen vermögen. Und wenn die Verhältnisse in Deutschland für eine solche Periode den Reifegrad erreicht haben, werden im Kampfe die heutigen unorganisierten, zurückgebliebenen Schichten naturgemäß das radikalste, das ungeschickteste, nicht das mäßigste Element bilden. Wird es in Deutschland zu Massenstreiks kommen, so werden fast sicher nicht die bestorganisierten — gewiß nicht die Buchdrucker — sondern die schlechter oder gar nicht organisierten, die Bergarbeiter, die Textilarbeiter, vielleicht gar die Landarbeiter, die größte Aktionsfähigkeit entwickeln.

1906. Rosa Luxemburg.

Flügels für die Politik der Partei. In diesem letzteren Falle aber ist es nötig, die Arbeiterklasse in Deutschland nicht im Unklaren darüber zu lassen, daß sie ebenso wie die russische Arbeiterklasse den Bestand ihrer Macht mit der Waffe in der Hand nicht nur zu verteidigen haben wird gegen die Gegenrevolution innerhalb der Grenzen, sondern auch außerhalb der Grenzen und jetzt schon an die organisatorischen Vorbereitungen des Kampfes um die Behauptung der Macht zu denken hat.

Bei solchen Perspektiven der Weltrevolution ist es geradezu Verrat an der kämpfenden Arbeiterklasse, wenn der rechte Flügel der Partei heute Auffassungen befreudet, die deutlich genug die Vermeidung eines Krieges mit der französischen Bourgeoisie als oberstes Gesetz revolutionärer Politik in Deutschland bezeichnen.

Der Bericht über die dritte Internationale.

III. Kommunistische Partei und proletarische Revolution.

(Fortsetzung.)

4. Die Kommunistische Internationale hält beharrlich an der Ueberzeugung fest, daß der Zusammenbruch der alten „sozialdemokratischen“ Parteien der 2. Internationale unter freien Umständen als Zusammenbruch des proletarischen Parteiwesens überhaupt dargestellt werden darf. Die Epoche des direkten Kampfes um die Diktatur des Proletariats bringt eine neue Partei des Proletariats zur Welt: — die kommunistische Partei.

5. Die Kommunistische Internationale verwirft auf das entschiedenste die Ansicht, als könne das Proletariat seine Revolution vollziehen, ohne eine selbständige politische Partei zu haben. Ein jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf. Das Ziel dieses Kampfes, der sich unvermeidlich in einen Bürgerkrieg verwandelt, ist die Eroberung der politischen Macht. Jeder, der die politische Macht nicht anders ergreifen, organisieren und geleiten werden, wie durch irgendeine politische Partei. Nur in dem Fall, wenn das Proletariat als Träger einer organisierten und erprobten Partei mit festem ausgeprägtem Ziel und mit handgreiflich ausgeprägtem Programm der nächsten Maßnahmen sowohl auf dem Gebiet der inneren, wie auch der auswärtigen Politik hat, wird die Eroberung der politischen Macht nicht als zufällige Episode erscheinen, sondern sie wird als Ausgangspunkt dienen zu einem dauernden kommunistischen Aufbau der Gesellschaft durch das Proletariat.

Derselbe Klassenkampf erfordert gleichfalls die zentrale Zusammenfassung und die gemeinsame Leitung der verschiedenartigen Formen der proletarischen Bewegung (Gewerkschaften, Sozialvereine, Betriebsräte, Bildungsarbeit, Wahlen und dergl.). Ein derartiges zusammenfassendes und leitendes Zentrum vermag nur eine politische Partei zu sein. Der Bericht, eine solche zu schaffen und zu führen, ist ein solches untergeordnetes, bedeutet einen Bericht auf die Ein-

heitlichkeit in der Führung der einzelnen Kampftruppen des Proletariats, die auf den verschiedenen Kampfplätzen vorgehen. Der Klassenkampf des Proletariats erfordert eine konzentrierte Agitation, die die verschiedenen Stappen des Kampfes von einem einheitlichen Standpunkt beleuchtet und die Aufmerksamkeit des Proletariats in jedem betreffenden Augenblick auf bestimmte, der gesamten Klasse gemeinsame Aufgaben lenkt. Das kann ohne einen zentralisierten politischen Apparat, d. h. außerhalb einer politischen Partei, nicht durchgeführt werden.

Die von den revolutionären Syndikalisten und den Anhängern der Industriearbeiter der Welt (I. W. W.) betriebene Propaganda gegen die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterpartei trug und trägt daher sichtlich nur zur Aufklärung der Bourgeoisie und der gegenrevolutionären „Sozialdemokraten“ bei. In ihrer Propaganda gegen eine kommunistische Partei, die sie ausschließlich durch Gewerkschaften oder irgendwelche formlose „allgemeine“ Arbeiterunionen ersetzen wollen, berühren sich die Syndikalisten und Industrialisten mit unverschämten Opportunisten.

Die russischen Menschewiki haben nach der Niederlage der Revolution von 1905 einige Jahre lang die Idee des sogenannten Arbeiterkongresses gepredigt, der die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse ersetzen sollte; die „Selben Labouristen“ jeglicher Art in Eng'and und in Amerika predigen den Arbeitern die Schaffung von formlosen Arbeiterverbänden oder verschwommenen, nur parlamentarischen Vereinigungen, an Stelle der politischen Partei und haben gleichzeitig eine durchaus bürgerliche Politik in die Tat um. Die revolutionären Syndikalisten und Industrialisten wollen gegen die Diktatur der Bourgeoisie kämpfen, wissen aber nicht wie. Sie merken nicht, daß die Arbeiterklasse ohne selbständige politische Partei ein Klump ohne Kopf ist.

Der revolutionäre Syndikalismus und Industrialismus bedeuten einen Schritt vorwärts nur im Vergleich mit der alten, dumpfen, gegenrevolutionären Ideologie der 2. Internationale. Im Vergleich aber mit dem revolutionären Marxismus, d. h. mit dem Kommunismus, bedeuten Syndikalismus und Industrialismus einen Schritt rückwärts. Die Erklärungen der „linken“ J. A. P. D. auf ihrem Gründungspartheitag im April, daß sie eine Partei gründe, aber „keine Partei im überrückten Sinne“, bedeutet eine geistige Kapitulation vor denjenigen Anschauungen des Syndikalismus und Industrialismus, die reaktionär sind.

Allein durch den Generalkrieg, durch die Taktik der gekreuzten Hände, kann die Arbeiterklasse nicht den Sieg über die Bourgeoisie davontragen. Das Proletariat muß zum bewaffneten Aufstand greifen. Wer das verstanden hat, wird auch begreifen müssen, daß dazu eine organisierte politische Partei nötig und formlose Arbeiterunionen nicht genügen.

Die revolutionären Syndikalisten sprechen oft von der großen Rolle einer entschlossenen revolutionären Minderheit. Nun, eine wirklich entschlossene Minderheit der Arbeiterklasse, eine Minderheit, die kommunistisch ist, die handeln will, die ein Programm hat, die den Kampf der Massen organisieren will, ist eben die kommunistische Partei.

6. Die wichtigste Aufgabe einer wirklich kommunistischen Partei besteht darin, immer in engster Fühlung mit den breitesten Schichten der Proletariat zu bleiben. Um das zu erreichen, können und sollen die Kommunisten auch in solchen Vereinigungen wirken, die nicht parteimäßig sind, die aber große Proletariatschichten umfassen. J. W. Kriegsbeschädigten-Organisationen in verschiedenen Ländern, Komitee der „Hands of Russia“ in England, proletarische Mietervereine usw. Besonders wichtig ist das russische Beispiel der sog. „parteilosen“ Arbeiter- und Bauern-Konferenzen. Solche Konferenzen werden fast in jeder Stadt, in jedem Arbeiterviertel und auch auf dem Lande organisiert. Bei den Wahlen zu diesen Konferenzen beteiligen sich die breitesten Massen auch der zurückgebliebenen Arbeiter. Auf die Tagesordnung werden die akutesten Fragen gestellt: Ernährungsfrage, Wohnungsfrage, militärische Fragen, Schulfrage, politische Aufgaben des Tages usw. Die Kommunisten beeinflussen diese „parteilosen“ Konferenzen auf das eifrigste — und mit größtem Erfolg für die Partei.

Die Kommunisten halten für ihre wichtigste Aufgabe die systematische organisatorische erzieherische Arbeit innerhalb dieser weitesten Arbeiterorganisationen, aber um eben diese Arbeit erfolgreich zu gestalten, um die Gegner des revolutionären Proletariats daran zu hindern, daß sie sich dieser weitesten Arbeiterorganisation bemächtigen, müssen die fortgeschrittenen kommunistischen Arbeiter stets ihre eigene selbständige, geschlossene kommunistische Partei bilden, die stets organisiert vorgeht und die imstande ist, bei jeder Wendung der Ereignisse und bei allen Formen der Bewegung die allgemeinen Interessen des Kommunismus wahrzunehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Republik Deutschland

Chronik der Bürgerdiktatur.

(Fortsetzung.)

Nach einer „Union-Werbung“ aus Braun schweig hat die dortige Einwohnerwehr nach ihrer Auflösung eine nicht uninteressante Umbildung vorgenommen. Einige ihrer Vertrauensleute haben die Vereinigung „Selbstschutz S. m. b. H.“ gegründet. Die neue Vereinigung versteht, wie sie angibt, ideale und praktische Ziele. Ihr Hauptzweck ist, den Angehörigen der Vereinigung Schutz für Personen und Eigentum gegen verwerfliche Angriffe zu gewähren, soweit staatlicher und städtischer Schutz nicht ausreicht. Aufnahme findet jeder anständige Mann ohne Unterschied der Stellung, Religion, Rasse und Partei. Die Vereinigung will eine Art Freiwilligenpolizei bilden. Sie ist der Meinung, daß sie von der Regierung noch einmal gebraucht wird. Diese „Selbstschutz S. m. b. H.“ hat trotz harmlosen äußeren Gewandes eine verdächtige Aehnlichkeit mit der Drösch-

II.

Das Junkertum in Mecklenburg bewaffnet sich in aller Öffentlichkeit. Auf den Gütern nahe den Besitzungen der Herren von Gräfe-Goldebeck und von der Lühe sind Baltikumer, sogenannte Wirtschaftslehrlinge, mit dem Ausheben von Schützengräben und dem Spannen von Drahtverhauen seit Wochen beschäftigt. In Kleinen bei Wismar wurde ein angeblich von Arbeitern angelegtes Waffenlager entdeckt; in Wahrheit handelt es sich um ein Waffenlager der Konterrevolution. Durch das energische Auftreten der Arbeiterschaft in Wismar wurde der Staatsanwalt, der zunächst gegen die Drageschleute nicht einschreiten wollte, gezwungen, in der letzten Woche 17 Personen, darunter den Herrn von der Lühe, verhaften zu lassen.

Am Freitag, den 10. September, passierten den Bahnhof in Schwerin 6 Personen in Militäruniformen ohne Abzeichen, mit je einem Kasten und Säcken. Auf Veranlassung eines Arbeiters wurden die Soldaten angehalten; aus den Säcken kamen Maschinengewehre zum Vorschein. Die sechs Soldaten zeigten einen Ausweis vor, auf dem ihnen vom 4. schweren Reiterregiment bescheinigt wurde, daß die Maschinengewehre und die in den Kästen befindliche Munition nach dem Gute Satow bei Grewismühle gebracht werden sollten.

III.

Der preussische Hauptauschuß beschäftigte sich am vergangenen Sonntag mit der Organisation Escherich. Dabei griff der Abgeordnete v. d. Osten (Dnl.) die Verfügung des Ministers Severing, durch die die Organisation aufgelöst wurde, an. Diese Verfügung ist ungesetzlich, weil Orgeesch nicht bewaffnet sei. (!!) Soweit sie zur Abgabe von Waffen in Frage war, wurde diese Abgabe gemacht. (!!) Minister Severing bestritt, daß die Organisation Escherich auf die Waffen verzichte, denn immer noch würden Wünsche aus diesen Kreisen an ihn gerichtet, die um Bewaffnung, wenigstens mit Revolvern, bat. Er könne aber keine Ausnahmen machen und hoffe, daß es mit der Zeit gelingen werde, die Entente dahin zu bringen, daß sie den Selbstschutz erlaube. (!!)

IV.

Unbegrenzt herrscht in der deutschen Schieberrepublik die Diktatur des Kapitals. Die Ausbeuterklasse macht was sie will und zeigt bei jeder Gelegenheit den traditionellen Herrschafts-Standpunkt. So lassen sich die Daimlerwerke in Stuttgart durch nichts bewegen, die zu Unrecht ausgesperrten Arbeiter wieder einzustellen. Nach einer neuen Meldung aus Stuttgart beharrt das Daimlerwerk darauf, daß vorläufig nur 3200 Arbeiter eingestellt werden und rund 5000 entlassen bleiben. Natürlich — wegen der ungünstigen industriellen Lage. Daß auch eine Arbeitervertretung mitwirken darf bei der Wiedereinstellung klingt wie Hohn, wenn man erfährt, daß vier dieser Vertreter von der Direktion ausgewählt werden.

(Die Chronik wird fortgesetzt.)

Kartoffeln.

I.

Die Kartoffelernte wird jetzt eingebracht. Die Stadtverwaltungen haben ihre Aufkäufer auf das Land geschickt, die dort zunächst für den Bedarf des städtischen Proletariats die Kartoffeln zum Preise von Mk. 31,50 pro Zentner einzukaufen haben. Erst wenn der Bedarf der Städte gedeckt ist, soll der Ueberfluß der Ernte, der um ein Viertel besser ist als erwartet wurde, dem freien Handel zugute kommen. Statt dessen aber ist schon jetzt die Deckung des städtischen Bedarfs in Frage gestellt, weil viele Händler den viel zu hohen Preis von Mk. 31,50 noch überbieten, weil die Aufkäufer der Stärke- und Spritzfabriken bis zu Mk. 100,— für den Zentner Kartoffeln zahlen. Das ist der Segen der „freien Wirtschaft“.

II.

Infolge der immer bedrohlicher werdenden Kartoffelkrise hat der Betriebsrat der Eisenbahndirektion Hannover beschlossen, vom Oberpräsidenten zu verlangen, daß der Preis für Kartoffeln 15 Mark pro Zentner nicht übersteigen darf. Wird diese Forderung nicht erfüllt und die städtische Bevölkerung in der Provinz mit Kartoffeln nicht genügend beliefert, so wollen die Eisenbahner zur Selbsthilfe schreiten, alle Kartoffeltransporte anhalten und den Kommunen zuführen.

Mit ähnlichen Vorgehen beschäftigte man sich auch bereits in anderen Teilen des Reiches. Die Regierung ist gewarnt. Die Bevölkerung kann die Hungerpolitik, die neuerdings im Wege des Abbaues der Zwangswirtschaft ungemein gefördert wird, nicht weiter ruhig über sich ergehen lassen. Will man fortgesetzt nur den Interessen der Erzeuger dienen, hat man auch die Verantwortung zu tragen für die Folgen, die sich daraus ergeben, daß die bewohnten Verbraucher sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dagegen zur Wehr setzen.

III.

Zum Schutze der Bevölkerung gegen wucherische Ausbeutung beschlossen die anhaltischen Bahnarbeiter, die Beförderung von Händlern gefasster Kartoffeln so lange zu verweigern, bis die Bauern die Kartoffeln zum Mindestpreis abgeben.

IV.

Der Stinnes-Minister Groener, Reichsverkehrsminister, hat einen Erlaß herausgegeben, wonach den Eisenbahnern jeder Eingriff in die Beförderung der Kartoffeln verboten wird.

Kapitalistische Wirtschaft.

Die Kolonisierung Deutschlands.

Die „deutsche“ Delmühlenindustrie.

Die „Industrie- und Handels-Zeitung“ schreibt unter obigem Titel:

„Einer von der Reichsarbeitsgemeinschaft Dele und Fette erstatteten Denkschrift über die Lage der deutschen Delmühlenindustrie entnehmen wir folgende Statistik, die den ausländischen Einfluß auf diese Industrie widerspiegelt:

Sämtliche Betriebe der Wirtschaftsgesellschaft deutscher Delmühlen.	Zahl	Kontingent Lo.
Davon:	98	1 715 930
Unter Einfluß der holländischen Margarinkonzerne	9	592 780
In Lohnarbeit der holländischen Margarinkonzerne	2	98 000
Unter sonstigem ausländischen Kapitaleinfluß	7	206 000
Betriebe der Interessengemeinschaft „Zoo“	6	790 000
Davon:		
Holländischer Margarinkonzern	8	450 000
Sonstiger ausländischer Kapitaleinfluß	1	60 000
Rein deutsche Betriebe	4	280 000
Sonstige rein deutsche Betriebe	76	539 150

Demnach haben die Betriebe mit ausländischem Einfluß ein Kontingent von 896 780 Lo., die deutschen nur 819 150 Tonnen, lediglich in der Zahl übersteigen die deutschen Betriebe (90) die unter ausländischem Einfluß stehenden (18) beträchtlich. Außerdem ist, wie die Denkschrift bemerkt, die Arbeiterzahl der deutschen Betriebe relativ größer als in den anderen. Besonders bemerkenswert ist der starke Einfluß der holländischen Margarinkonzerne (Surgens, van den Bergh) um deswillen, weil diese auch die Margarineindustrie in Deutschland um 75-80 Prozent beherrschen und damit eine dominierende Stellung in der Fettversorgung Deutschlands besitzen. Der fremde Einfluß in der Delmühlenindustrie ist erst seit dem Herbst 1919 ertungen, während er vor dem Kriege unbeachtlich war.

Der schlechte deutsche Valutastand ermöglicht es dem ausländischen akkumulierten Kapital, die deutsche Wirtschaft in Besitz zu nehmen.

Das „Glend“ der Aktionäre.

Eilenburger Kattun-Manufaktur A. = S. in Eilenburg.

Der Rohgewinn hat eine Steigerung auf 2 153 049 Mk. (i. B. 4 202 70 Mk.) erfahren. Nach Abzug der Fabrikations- und Handlungsunkosten von 1 579 107 Mk. (284 297 Mk.) und insgesamt 180 000 Mk. (9000 Mk.) Rückstellungen für verschiedene Zwecke ergibt sich ein Reingewinn von 337 810 Mk. (120 730 Mk.), aus dem 10 Prozent (5 Prozent) Dividende und außerdem ein Bonus von 10 Prozent (0 Prozent) zur Verteilung gelangen soll.

Aus der Partei.

Für Moskau: Bezirkskonferenz für das östliche Westfalen und die beiden lipptischen Freistaaten, U. S. P. Harburg, Bitterfeld, Gotha, Magdeburg, Berlin Distrikt 12, Köpenick, Wittenau-Vorsigwalde, U. S. P. Königsberg, Weichensee, Erfurt.

Gegen Moskau: U. S. P. Forst, Johannisthal, Delsnig, Eilenburg, Georgenthal, Zwickau, Hof, die Funktionäre des Bezirks Königs-wusterhausen-Wildau, die Gebietsleitung Jena.

Die amtliche Telegraphen-Agentur der russischen Regierung meldet, daß die Moskauer Anschließbedingungen in Frankreich auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen, weil sie den Anschließ Conquats fordern und ein Zusammenarbeiten mit Fouhaug und anderen Führern des Arbeiterverbandes unterlagen. Eine Parteispaltung sei daher zu erwarten. Es wird wahrscheinlich eine neue kommunistische Partei gebildet werden.

Die Vergleute des Loire-Departements nahmen eine Resolution an, in der sie sich scharf gegen die C. S. T. wenden und den An-schluß an Moskau fordern. Infolgedessen reichten verschiedene Funktionäre, die mit diesem Beschluß nicht einverstanden sind, ihre Demission ein.

Die Metallarbeiter des Seine-Departements nahmen ebenfalls eine Entschließung an, in der die C. S. T. scharf getadelt wird und der Beitritt zur Moskauer Gewerkschaftsinternationale verlangt wird.

Aus der Provinz.

Gegen Moskau.

Die Kreisgeneralversammlung der U. S. P. des Neuroder Kohlereviere nahm folgende klassische Resolution an:

Unter Anerkennung der schwierigen Lage Sowjetrusslands ist die Arbeiterschaft bereit, Sowjetrussland tatkräftig zu unterstützen. Die legen aber ganz entschieden Verwahrung ein, daß von den Diktatoren der Moskauer Internationale als politische Handwärter behandelt zu werden. Die mögen es sich gefallen lassen, die Käte hüßen, mit der sie gepregelt werden. Die Versammlung lehnt die Anschließbedingungen, die als reaktionär und denkschmerzhaft bezeichnet werden müssen, ab, da durch die Annahme derselben die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland in kürzester Zeit zerfallen würde, zum Schaden des ganzen revolutionären Weltproletariats.

Seit 1 der von den Genossen Gust Dämmig, Kurt Geys und Walter Eweder neu herausgegebenen Zeitschrift

„Kommunistische Rundschau“

ist soeben erschienen. Ueber den Inhalt, der ein vorzügliches ist, finden alle Interessenten im hiesigen Inferatenteil Näheres.

Bunzlau.

Freitag, den 10. September, sprach in Bunzlau und am 11. September in Groß-Hartmannsdorf, Kreis Bunzlau, Genosse Adolf Hoffmann-Berlin, in vollbesetzten öffentlichen Versammlungen über das Thema: „Was bringt uns die Zukunft?“ Genosse Adolf Hoffmann sprach dabei für den Anschluß an die 3. Internationale, er betrachtet dies für eine zwingende Notwendigkeit für die Arbeiterschaft. Wenn die Führer der Partei es nicht tun wollen, so müssen es die Genossen über die Köpfe der Führer hinweg vollziehen. Gegenredner wagten von keiner Seite aufzutreten. Der Beifall war groß.

Lothales.

Breslau, den 25. September.

Außerordentlicher Bezirks-Parteitag

am Sonntag, den 10. Oktober, vorm. 9 Uhr
in Breslau, Friedrich-Wilhelm-Str. 35
„Deutscher Kaiser“

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht (Organisation und Agitation: Genosse Ziegler. — Kassenbericht: Genosse Hellman).
2. Bericht des Wahlausschusses: (Genosse Scholz).
3. Berichte von der Reichskonferenz (Genosse Ziegler).
4. Die 3. Internationale.
5. Wahl der Delegierten zum Reichsparteitag.
6. Presse.
7. Teilung der Bezirke in Unterbezirke.
8. Verschiedenes.

Auf je 100 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Ortsgruppen, die weniger als 100 Mitglieder haben, entsenden auch einen Delegierten.

Alle Anfragen wegen

Unterbringung der Delegierten

sind an Genossen Ziegler zu richten.

Die Bezirksleitung:

i. A.: Ziegler.

Die Weisen von der Graupenstraße,

die exzellenten Schornalisten Loebecher Schule haben wieder mal ein Problem gelöst, sie habens verfaßt, sie haben herausgeholt, daß die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ deshalb ab 1. Oktober täglich herauskommen kann, weil sie aus Moskau „Diamanten und Perlen“ erhalten hat. Wir sind erschüttert, wir sind perplex. Wir haben ja immer die Graupenstraße-Federgrößen für feine Spürhunde gehalten, die z. B. in Deutschland krampfhaft der Demokratie nachspüren, aber daß sie das Geheimnis der Finanzierung unserer Zeitung so schnell enträtseln würden, glaubten wir doch nicht. Also wir sind erschüttert. Und da die Loebe-Schornalisten den Anfang von der Ding wissen, so hat es natürlich wenig Zweck, mit der ganzen „Wahrheit“ hinter dem Berge zu halten: Wir gestehen also reumütigst: Wir haben Geld aus Moskau erhalten, einige Milliarden in bar, wir wissen es noch nicht genau, denn all unsere Funktionäre zählen noch, so viel ist es; ferner einige Huttschachteln Perlen und Diamanten. Wir gedenken damit nicht nur unsere Zeitung täglich erscheinen zu lassen, sondern auch für die Herren Schornalisten in der Graupenstraße menschenfreundlich zu sorgen, damit ihr Gehirn nicht fürderhin an Unterernährung leidet. . . Scherz beiseite. Die Behauptung der „Volksmacht“, wir hätten für unsere Zeitung Geld aus Moskau erhalten, ist natürlich Blödsinn und nicht nur einfacher Feld-, Wald- und Wiesenblödsinn, sondern auch erbärmlichste Denunziation. Sieht den Gejellen ähnlich. Im übrigen würden wir uns nur freuen, bekämen wir aus Moskau Moneten, denn das wäre nichts weiter als praktische Solidarität, auf die ja die C. S. D. verzichtet. Sie begnügt sich mit Resolutionen und macht dann in Vaterlandsliebe (Krieg). Und für die Finanzierung ihrer Presse und Bürokratie sorgen Barvus, Sklarz und wie die edlen „Klassenkampf“-Jobber alle heißen. Im übrigen quält die „Volksmacht“ nur deshalb, weil wir nicht eingegangen, sondern im Gegenteil von nur an täglich herauskommen.

Achtung! Pressekommission.

Montag, den 27. September, 6 1/2 Uhr abends, wichtige Sitzung. Besprechung mit den Redakteuren. Vollzählig erscheinen.
Paul Hofer, Ormann.

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

Sonntag, den 26. September,
vormittags pünktlich 8 Uhr,
bei Bräuer, Gabitzstraße.

Tagesordnung:

„Die U. S. P. und die 3. Internationale.“

Referenten:

Genosse Lubinski und Genosse Schirdewahn.

In Anbetracht der entscheidenden Bedeutung, die dieser Frage zukommt, ist das Erscheinen jedes Genossen Pflicht!

Der Ortsrat der U. S. P. D.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt Dagobert Lubinski;
für die Interate Fritz Urbich;

Druck: Buchdruckerei Pöffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadtheater.
Sonnabend 7 Uhr:
Die Fledermaus.
Sonntag Anfang 6 Uhr:
Parfais.

Jobe-Theater.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Die Büchse der Pandora.
Sonntag 11 1/2 Uhr:
Greys-Matinee.

Chalia-Theater.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Ghoma-Abend.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. II. 25-45
Heute u. täglich 7 1/2 Uhr:
Die Frau im Hermelin
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Zu Gunsten der Grenzspende:
Die Kaiserin.

Viktoria-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die ledige Ehefrau!

Zeltgarten
Dir. Hans Krsinsk
Im herrl. Garten.
Ab 18. August:
Internationaler Meisterringer-Wetstreit
um den großen Preis von Breslau und Goldpreise i. Höhe von 15000 Mk. in bar.
Vorher das große Varieté-Programm
6 Attraktionen.

Ober-Bayern
Gartenstr. 65
Täglich:
die Valchenseer Singvögel
und das Damen-Streich-Orchester
Dir. P. Schütz.
Anfang 6 1/2 Uhr,
Sonntag 4 Uhr.

Spook-Lichtspiele
Neudorfstrasse 35.
Dir.: C. Schulz.
Verlassen Sie nicht das große Sensations-Programm.
Das gilt im Wesentlichen für die beiden ersten Teile.
als Karik. i. d. Hauptrolle Ein Streifen, in welchem die wilde Leidenschaft des Mannes zu dem schrecklichsten Verbrechen führt, am schliesslich mit kräftigen und einem grossartigen Tode zu endigen.
5 grosse Akte.
●● Fred Horst ●●
Der beliebte Detektiv in dem Sensationsdrama **Das Gesicht im Spiegel** in 5 gr. hochspann. Akten.
Dazu das glänz. Lustspiel **Der einverleibte Mann** in 3 Akten.

DK Theater
Beginn 4 Uhr!
Alleinige Erstaufführung!

Alleinige Erstaufführung!
Harry Piel's
waghalsigste Sensationsabenteuer eines Vielgesuchten
Das fliegende Auto
6 große spannende Akte!

Harry Piel's Wahlpruch lautet: **Tollkühnheit**, die keine Schranken kennt, **körperliche Kraft** und **Gewandtheit**, **Geistgegenwart** und **Schauspielkunst**

Fortsetzung 4. Teil
Die Vampire

Die große Auslands-Sensation!
Der Herr der Blitze
4 Sensations-Akte!
Jeder Teil besitzt eine für sich vollständig abgeschlossene Handlung, so dass jeder Kinofreund, welcher die ersten Teile nicht gesehen hat, voll und ganz auf seine Rechnung kommt.

Sil
macht die Wäsche frisch und duftig.
Bestes **Wash- u. Bleichmittel**
Reinigt und bleicht ohne Reiben, nur durch einmaliges 1/2stündiges Kochen. Ein Paket kostet nur **Mk. 2.-** und reicht für **60-70 Ltr. Lauge.**
Überall käuflich.
Henkel & Cie., Düsseldorf
Fabrikanten von Henkel's Bleich-Soda.

OR
Matthiasstrasse 38 und Moltkestrasse 9.

Nur bis Montag:
Der große amerikanische Zirkusfilm
Die Geschwister Morelli
5 Akte
Dazu:
Das Fest der Rosella
Eine spannende Eifersuchtstragedie in 4 Akten.

Die Internationale!
Das gewaltige **Volks-schaustück**
welches für Breslau eine Sensation bedeutet und allabendlich vor fast belagert. Ganze i. Gebäude d.
Zirkus Busch
hoffühndel, beginnt täglich abends **8 Uhr.**

Jupiter
Westendstrasse 57
Montag letzter Tag!
Das große Monumentalfilmwerk
Verlorene Töchter
Die Menschen, die nennen es Liebe
Lustiges u. Trauriges, Erlauchtes u. Erlebtes in 1 Vorspiel u. 5 Akt.
Ferner:
das gute Beiprogramm
Sonntag ab 3 Uhr:
Grosse Kindervorstellung!

Kammer-Lichtspiele
Schweidnitzer Strasse.
Vampyre
4. Teil.
Dazu:
Harry Piel
in **Das fliegende Auto.**

Inserate
haben in der Zeit. "Ab.-Ztg." größten Erfolg.

CABARET
KA KA DU
Nikolaistr. 65.
Anfang 8 Uhr.

Central-Ball-Saal
(Deutscher Kronprinz) A. Hahn
Westendstrasse 50/52, Strassenbahnlinie 1 u. 21.
Jeden Sonntag und Mittwoch
Grosser Tanz

Gesellschaft für einfache Wohnungs-Einrichtungen
der Stadt Breslau m. b. H.
Einfache Möbel
nach künstlerischen Entwürfen zu zeitgemäß billigen Preisen gegen bar oder erleichterte Zahlungsweise
Albrechtstrasse Nr. 39
Eingang Altbückerstr., 1. Stock

Billige gute Bezugsquelle
Zigarettenfabrik **H. Brete** Slamen bei Spremberg N.-L.

Freie Sozialistische Jugend.
Sonntag, 26.: Wanderung nach Dörfdorf.
Treffpunkt: 6 Uhr früh, Passstraße.
Mittwoch, 29.: Schule Mitrovitzhof
(an der Schweidnitzer Straße)
Vortrag: Was trennt uns von der "Arbeiter-Jugend"?

Unabhängige Sozialdemokratische Partei
Breslau.

Freitag, den 1. Oktober 1920
im **Establisement Schichswerder**
Großer Unterhaltungsabend
bestehend aus humoristisch, politisch, satyrischen Vorträgen
ausgeführt von **Hoffmanns Roten Gängern, Berlin**
und einer Aufführung von **Kunstfreibungen einer Turnerinnen-**
Abteilung der Breslauer Freien Turnerschaft.
Einlaß 6 1/2 Uhr abends. Anfang 7 1/2 Uhr.
Eintrittskarten zum Preise von 2.- Mk., 1.50 Mk. und 1.- Mk. sind bei allen Direktionsführern u. Kassierern, im Parteibüro und in der Buchhandlung, Nikolaistr. 49/50, im Vorverkauf erhältlich.
Es ladet freundlich ein Die Bezirksleitung.

Volksgarten Lichtspiele
Michaelisstr. 43

Bis Montag verlängert!
Unstreitig eine **Kanone**
ist der große Abenteuer-Film
New-York-Paris
I. und II. Teil
Die sensationellen Enthüllungen des grossen Spionagekammeras.
Anfang 4 Uhr.

T.T.
Tautenzienplatz 15
Vom 24. 9. - 30. 9. 20.
Maria Tudor
Drama in 5 Akten.
Die Teepuppe
Lustspiel in 2 Akten.
Beginn pünktlich 4 Uhr.

UP
Vom 24.-30. Sept.
Die Tarantel
Schauspiel in 6 Akten.
Das Urteil des Salomon
Glänzendes Lustspiel.
An den Ufern der Oberhavel und am Tegelsee.
Reizende Naturstudien.
Beginn pünktlich 4 Uhr.

Anzüge fertig und mit Maß, nur gute Stoffe, schnelle Fertigstellung
Gelegenheitskäufe
preis wert. Herren- u. Damen-Mod.
Wilh. Ed. Schubert
Klosterstrasse 62.

Militär- u. Zivil-Beleidigungskauf:
Max Hadamek,
Brandenburger Str. 9

Möbel billiger!
Schrank, Zitr., pol. ... 550.-
Verhölz. etc. ... 550.-
2 Betten, Eiche, pol. 600.-
Bettgestell 200, Bettstuhl 140.
Bettstuhl 150, Sofa 300.
Bücherregal 100, Schrank 110.
Küchenschrank 100, Tisch 100.
Bücherregal 100, Tisch 100.
Schrank 100, Tisch 100.
Bücherregal 100, Tisch 100.
Schrank 100, Tisch 100.
Bücherregal 100, Tisch 100.
M. Giesel, Brüderstr. 23.

Wir bitten dringend um den Besuch der Nachmittagsvorstellungen.

LEPTER-KINO
Halbe Unschuld mit Erika Günther
Dazu:
Gnadenbruch abgehakt
nach dem Roman: Der Rück in den Abgrund.
Uhrren repariert und repariert
Felix, Parafenstr. 6

Beck
Moltkestrasse 8
In Folge anderweitiger Dispositionen müssen wir, trotz des grossen Andranges, den Publikums **Katharina die Grosse** in den Ceh-Lichtspielen absetzen. Um aber den vielfachen Anfragen zu entsprechen, bringen wir diesen ab Freitag in Verbindung mit einem vorzüglichem Programm in unserem modern ausgestatt. Ceh-Lichtspielen zur Vorführung.
Auf des verstärkte Orchester machen wir besonders aufmerksam.
Die Direktion.

Albert Menzler,
Tabakhandl.
Stodgasse Nr. 32,
erstes Haus vom Ring.

Achtung! Wo?
kauft man neue und geb. Möbel sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorzüglichsten?
Bei **H. Kluge,**
Kornmarkt 12, nur 1. Etg.

Altmetalle
kauft
Jakisch, Kornmarkt 26.

Das 1. Heft soeben erschienen:
Kommunistische Rundschau
Herausgegeben von
Ernst Däumig, Curt Geyer, Walter Stoedter
Aus dem Inhalt:
Walter Stoedter: Unser Ziel / Ernst Däumig: Der Moskauer Kongress / H. Werner-Essen: Der Kern des Konflikts / Anna Geyer: Proletarische Neutralität in der Revolution? / Curt Geyer: Grundätzliche Steuerpolitik / Wilhelm Koerner: Die Sozialisierung - eine Machfrage / Richard Müller: Die Gewerkschaften, die Betriebsräte und die 3. Internationale / Sertha Braunthal: Die Frauen und die Internationale / Max Barthel: Die Revolte / G. Sinowjew: Der Zentralismus / Bücherbesprechungen
Preis des Heftes 1 Mark
Bestellungen an: **H. Hoffmann's Verlag, G. m. b. H.,**
Berlin O 27, Blumenstraße 22 L

